

Aktuelle Frage von der ProDG-Fraktion/Alfons Velz an Herrn
Ministerpräsident Paasch
Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Ausschuss I vom 10. April 2017

Es gilt das gesprochene Wort!

Mögliche Verlegung des Friedensgerichtes St. Vith nach Eupen

Frage von Alfons Velz:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder der Regierung,
werte Kolleginnen und Kollegen,

Wie jüngst aus Presseberichten zu erfahren war, soll es nach Plänen von
Justizminister Koen Geens in Zukunft nur noch einen Friedensgerichtssitz pro
Kanton geben, um Kosten und Gebäude einzusparen und die Effizienz zu
steigern. In diesem Zusammenhang war zu lesen, dass der St. Vither
Friedensgerichtssitz nach Eupen verlegt werden soll.

Wie das Ganze genau aussehen soll, ist noch ziemlich unklar. Im
Zusammenhang mit St. Vith ist zwar nicht von Schließung die Rede, wohl aber
von einer "Zentralisierung in Eupen".

Es wäre also in unseren Augen sinnvoll, die Information zu diesem Vorhaben
zu präzisieren. Eine konkrete Umsetzung zum jetzigen Zeitpunkt ist sowieso
nicht möglich, weil die infrastrukturellen Voraussetzungen dafür nicht
vorhanden sind, wie der Eupener Gerichtspräsident dem Grenzecho gegenüber
bestätigte. Daher stellt sich jetzt unter anderem die Frage, ob der zukünftige
Neubau des „Justizpalastes“ in Eupen die nötigen Kapazitäten haben wird, um
das St. Vither Personal aufzunehmen.

Deshalb meine Frage:

Verfügen Sie über gesicherte und detaillierte Informationen über die oben angesprochene Entwicklung, die ja für die zukünftige Gestaltung unseres Gerichtsbezirkes nicht unbedeutend wäre?

Ist die Regierung der DG in die geplanten Maßnahmen eingebunden und was gedenkt die Regierung in diesem Zusammenhang zu unternehmen?

Antwort von Herrn Ministerpräsident Paasch:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus Parlament und Regierung,

Über die aktuellen Pläne des Justizministers zur Neuorganisation der Friedensgerichte habe ich zunächst genau wie Sie, werte Kollegen, über die Presse erfahren. Der Justizminister hat uns vorab nicht konsultiert.

Den Berichten ist zu entnehmen, dass die beiden Friedensgerichte in Eupen und St. Vith von dieser Reform betroffen sein werden. Die Kanzlei der beiden Gerichte soll offenbar in Zukunft in Eupen zentralisiert werden.

Verhandlungen des Friedensgerichtes scheinen aber weiterhin in St. Vith stattfinden zu können, gegebenenfalls in alternativen Sitzungssälen.

Justizminister Geens hat vor kurzem im zuständigen Ausschuss der föderalen Kammer zur Reform der Friedensgerichte Stellung bezogen.

Er erklärte, dass die jetzt eingeleitete dritte Phase der Reform der Friedensgerichte im März 2015 in einer breitangelegten Konzertierung mit den Präsidenten der Friedensgerichte erörtert worden sei. Der Ministerrat habe diese Reform grundsätzlich gebilligt.

Derzeit sei dem Staatsrat ein entsprechender Entwurf zur Begutachtung unterbreitet worden, der u.a. die Möglichkeit einführt, Friedensgerichte außerhalb eines Gerichtsgebäudes tagen zu lassen.

Das Ziel des Ministers sei es, diese Reform innerhalb von 2 Jahren abzuschließen.

Diese zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch unvollständigen und nicht immer nachvollziehbaren Informationen erfüllen mich mit Sorge.

Ich habe deshalb unmittelbar nach Erhalt der Informationen über die möglichen Reformen am 27. März den Minister angeschrieben und ihm meine Bedenken unmissverständlich mitgeteilt.

In dieser Angelegenheit spreche ich mich selbstverständlich auch eng mit unserer föderalen Abgeordneten Katrin Jadin ab.

Ich habe Herrn Geens zudem um einen persönlichen Gesprächstermin gebeten, bei dem ich genauere Informationen über die geplanten Änderungen erwarte.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

ProDG-Fraktion

Ministerpräsident Oliver Paasch